



über die 1. Sitzung
des Straßenverkehrsausschusses
am Dienstag, dem 4. April 2000
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:35 Uhr
Ende: 17:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Henning
Herr Kaminski
Herr Müller
Frau Müller
Herr Skodd
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Klein
Herr Lehmann
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Gube
Frau Mattigk
Herr SchulteBraucks
Herr Schulze-Braucks

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Fuhrmann
Herr Oppel
Herr Wilhelm

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Grosch

Beratendes Mitglied F.D.P.

Herr Oertel

Sachverständige

Herr Feld
Herr Knop
Herr Muermann
Herr Schmücker
Herr Wiebusch

Verwaltung

Herr Brüggemann
Frau Bublitz
Herr Koßmann
Herr Liedtke

Gäste

Herr Schmidt

entschuldigt fehlten

Herr Bachmann
Herr Breitbarth
Herr Gockel
Herr Zimmer

Herr **Klein** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde durch den Vorsitzenden die Verpflichtung folgender sachkundiger Bürger und Sachverständigen vorgenommen:

Herr Grosch, Herr Gube, Herr Knop, Frau Mattigk und Herr Oppel

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Bürgeranregung auf Umwidmung eines Parkplatzes in der Weststraße, vor Haus-Nr. 49 bzw. 50, zwecks Nutzung für Tierärztkunden	68/2000
2.	Bürgeranregung auf Ausschilderung von 3 Kurzparkzonen und auf Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Straße "Horsthof" in Kamen-Süd	69/2000
3.	Bürgeranregung auf Abbindung der Nebenstraße "In der Kaiserau" von der Robert-Koch-Straße zwecks Unterbindung von Kraftfahrzeugverkehren	70/2000
4.	Rückbau von Straßenschwellen im Stadtgebiet Kamen	71/2000
5.	Bürgeranregung auf Unterbindung des LKW-Verkehrs auf der Westfälischen Straße, Teilbereich zwischen den Straßen "Südfeld" und "Werwer Mark" und der Straße "Südfeld", Teilbereich zwischen Wideystraße und Westfälische Straße sowie auf Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h im genannten Teilbereich der Westfälischen Straße	72/2000

- | | | |
|----|--|---------|
| 6. | Unfallschwerpunkt im Stadtgebiet Kamen im Jahre 1999 | 73/2000 |
| 7. | Verbesserung der Verkehrssituation Robert-Koch-Straße
hier: Antrag der SPD-Fraktion
Bericht der Verwaltung | |
| 8. | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

68/2000

Bürgeranregung auf Umwidmung eines Parkplatzes in der Weststraße, vor Haus-Nr. 49 bzw. 50, zwecks Nutzung für Tierartzkunden

Beschluss:

Die Anregung der Frau Ursula Potthast, wohnhaft Bollwerk 2 a, 59174 Kamen, auf Umwidmung eines Parkplatzes in der Weststraße, vor Haus-Nr. 49 bzw. 50, zwecks Nutzung für Tierartzkunden, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

69/2000

Bürgeranregung auf Ausschilderung von 3 Kurzparkzonen und auf Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Straße "Horsthof" in Kamen-Süd

Herr **Brüggemann** verwies auf die Beschlussvorlage und teilte mit, dass der Parkdruck zugenommen habe. Aus diesem Grund seien zusätzliche Parkflächen auf der Unnaer Straße, Nähe der Bahnunterführung, angelegt worden und geplant, weitere Parkflächen am Bahnhof Kamen anzulegen. Zurzeit würden sich Probleme für Besucher des Rathauses insbesondere dann ergeben, wenn für Veranstaltungen in der Stadthalle die Parkplätze unter der Hochstraße gesperrt würden.

Bezüglich des Wunsches, dass vor dem GSW-Gebäude ebenfalls stundenbeschränkte Parkflächen eingerichtet werden sollten, wurde darauf verwiesen, dass im Bereich des ehemaligen Hauptpostgebäudes in den meisten Fällen freie Parkflächen angetroffen würden.

Bezüglich der gewünschten Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Straße "Horsthof" seien die Aussagen in der Vorlage erschöpfend, so dass für diesen Antragspunkt von der Verwaltung die Ablehnung empfohlen werde.

Herr **Klein** bestätigte die Aussagen der Verwaltung insbesondere zur Straße "Horsthof" und teilte mit, dass seitens der CDU-Fraktion eine Anfrage zu dem Thema Temporeduzierung auf 30 km/h an die Anwohner der Straße "Horsthof" gerichtet worden sei.

Im Ergebnis sei nur ein Drittel der Anwohner, die die Anfrage beantwortet hätten, für die Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.

Da die Straße "Horsthof" an beiden Einmündungsbereichen mit dem Zeichen 250 nebst Zusatzzeichen "Anlieger frei" ausgeschildert sei, rege er an, dass die Polizei ab und an entsprechende Kontrollen durchführen sollte.

Zu den Parkplätzen im Rathausumfeld merkte Herr **Grosch** an, dass die ausgewiesenen Kurzzeitparkplätze auch von Langzeitparkern genutzt würden. Er bat, hier Kontrollen durchzuführen.

Herr **Brüggemann** sagte zu, dies im Auge zu behalten. Es sei aber damit zu rechnen, dass eine Entlastung an dieser Stelle erst eintrete, wenn die Parksituation am Bahnhof entschärft sei.

Ferner unterrichtete Herr Brüggemann die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass aus derzeitigen personellen Überlegungen heraus zurzeit nur eine Halbtagskraft zur Überwachung des ruhenden Verkehrs im Außendienst eingesetzt sei und aktuell nicht die Absicht bestehe, eine weitere Kraft einzustellen. Im gesamten Stadtgebiet Kamen sei darüber hinaus genügend Parkraum vorhanden, so dass sich durchgehende Kontrollen erübrigten.

Im Hinblick auf von Bürgern gewünschte Einzelüberwachungen seien jedoch weitere personalwirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. die Anhebung der Stundenkontingente, nicht ausgeschlossen.

Herr **Stahlhut** wünschte im Namen der SPD-Fraktion, dass die Kurzzeitparkplätze im Bereich des Rathauses aufgrund der bestehenden Parkplatznot im Umfeld des Bahnhofes im Auge behalten werden.

Ebenso sei seiner Fraktion bekannt, dass bei Veranstaltungen in der Stadthalle sowohl im Rathausumfeld als auch vor dem Verwaltungsgebäude der Gemeinschaftsstadtwerke so gut wie keine freien Parkplätze angetroffen würden.

Wie den Ausschussmitgliedern bekannt sei, sei durch die Umstellung des Fahrplanes der Deutschen Bundesbahn ein höherer Parkdruck im Bahnhofsumfeld entstanden.

Eine Entschärfung dieser Situation sei längerfristig nur durch die geplanten Parkflächen bzw. Parkhäuser möglich.

Bezüglich der Straße „Horsthof“ sei seine Fraktion ebenfalls mit dem Beschlussvorschlag einverstanden.

Beschluss:

Die Bürgeranregungen des Herrn Ulrich Steinhäuser, wohnhaft Süd-kamener Str. 19, 59174 Kamen, auf Ausschilderung von 3 Kurzzeitparkzonen mit jeweils 3 Parktaschen mit einer Parkzeitbeschränkung auf 30 Minuten an der Bahnhofstraße, unter der Hochstraße, in der Nähe des Haupteinganges des Rathauses und vor dem Kundenservice-Center der GSW sowie auf Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Straße "Horsthof" in Kamen-Süd werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

70/2000

Bürgeranregung auf Abbindung der Nebenstraße "In der Kaiserau" von der Robert-Koch-Straße zwecks Unterbindung von Kraftfahrzeugverkehr

Zur Vorlage ergänzte Herr **Brüggemann**, dass der Antragsteller nicht - wie von der Verwaltung angenommen - mechanisch umlegbare Poller meine, sondern Poller, die im Boden eingelassen seien und per Knopfdruck ein- bzw. ausgefahren werden könnten.

Seitens der Verwaltung werde der Einbau einer derartigen kostenintensiven Maßnahme aus Gründen der Verhältnismäßigkeit jedoch nicht unterstützt.

Die gleiche Meinung vertraten auch die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses.

Beschluss:

Die Bürgeranregung des Herrn Dietmar Harweg, 1. Vorsitzender DSB, Physikersiedlung Kamen-Methler, wohnhaft Robert-Bunsen-Str. 4, 59174 Kamen, auf Abbindung der Nebenstraße "In der Kaiserau" von der Robert-Koch-Straße zwecks Unterbindung von Kraftfahrzeugverkehren wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

71/2000

Rückbau von Straßenschwellen im Stadtgebiet Kamen

Wie bereits in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses verwies Herr **Brüggemann** auf den historischen Hintergrund der Verkehrsberuhigung im Stadtgebiet Kamen. Als ein Ergebnis dieser Überlegungen seien zu Ende der 80er Jahre Schwellen als Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in einige Straßenzüge eingebaut worden, um mit überhöhter Geschwindigkeit fahrende Kraftfahrer zu bremsen.

Seit Mitte der 90er habe sich eine zunehmende Akzeptanz von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ohne bauliche Begleitung herauskristallisiert, so dass nun den durchaus berechtigten Wünschen der Bürger, nämlich Schwellen abzubauen, entgegen gekommen werden könne.

In der Märkischen Straße seien die Schwellen größtenteils zurückgebaut worden.

Im Anschluss daran sei vorgesehen, eine Schwelle in der Straße „Südfeld“, Nähe des Einmündungsbereiches der Westfälischen Straße, zurückzubauen.

Die weiteren Schwellen in der Straße „Südfeld“, Teilbereich zwischen Bergstraße und Westfälische Straße, sollten nach dem vorgesehenen Kanalneubau abgebaut werden.

Über Fahrbahneinengungen werde nunmehr hier eine adäquate Verkehrsberuhigung angestrebt.

Die in der Straße „Bollwerk“ vorhandenen Schwellen könnten frühestens im Jahre 2001 zurückgebaut werden, falls der Rat der Stadt Kamen der Zuteilung entsprechender Haushaltsmittel bei der Haushaltsstelle „Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes“ entspreche.

Für die CDU-Fraktion begrüßte Frau **Scharrenbach** den Rückbau der Schwellen und fragte, ob das Land Nordrhein-Westfalen für den Bau der Schwellen Zuschüsse geleistet habe, die nunmehr u. U. zurückgefordert werden könnten.

Ob das Land NRW hierzu entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt habe, müsste überprüft werden, so Herr **Brüggemann** hierzu.

An Herrn **Müller** waren ebenfalls Bürger herangetreten, die die Maßnahmen positiv beurteilen.

Weiterhin gab er bekannt, dass, obwohl die Rückbaumaßnahme der Schwellen in der Märkischen Straße am Freitag, 31.03.2000, beendet gewesen seien, die Sperrung noch bis Montag aufrecht erhalten wurde. Herr Müller bat, die zeitgleiche Rücknahme der Verkehrsbeschränkungen künftig besser zu koordinieren.

Aus Sicht der SPD-Fraktion würden die Rückbaumaßnahmen positiv gewertet, so Herr **Stahlhut**. Insbesondere auf der Straße „Bollwerk“ müssten die Schwellen aufgrund der „bemerkenswerten Höhe“ zurückgebaut werden.

Zu TOP 5.

72/2000

Bürgeranregung auf Unterbindung des LKW-Verkehrs auf der Westfälischen Straße, Teilbereich zwischen den Straßen "Südfeld" und "Werver Mark" und der Straße "Südfeld", Teilbereich zwischen Wideystraße und Westfälische Straße sowie auf Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h im genannten Teilbereich der Westfälischen Straße

Auf die Beschlussvorlage eingehend verwies Herr **Brüggemann** darauf, dass seitens der Verwaltung insbesondere die Ausschilderung von 50 km/h des in Rede stehenden Teilbereiches der Westfälischen Straße als ein wichtiges Anliegen des Herrn Pellmann und der übrigen Anwohner gewertet werde, da dies bei Gesprächen mit Anwohnern, an dem auch Herr Wiebusch von der Polizeistation Kamen teilgenommen habe, so verstanden worden sei.

Obwohl formelle Gründe einer Geschwindigkeitsbegrenzung hier entgegenstünden, sei die Verwaltung und die Polizeistation Kamen der Auffassung, dass eine solche in diesem Bereich der Westfälischen Straße tolerierbar sei.

Um dem Schwerlastverkehr die Durchfahrt über die Straße „Südfeld“, Teilbereich zwischen Westfälische Straße und Bergstraße, zu erschweren, werde vorgeschlagen, Einengungen einzubauen. Bezüglich des Durchfahrtsverbotes für Schwerlastverkehre in der Westfälischen Straße, Teilbereich zwischen den Straßen „Südfeld“ und „Werver Mark“, werde seitens der Verwaltung die Ablehnung empfohlen, da Verkehrszählungen eine nicht übermäßig hohe Belastung durch Schwerlastverkehre ergeben hätten. Ferner wurde festgestellt, dass die Hälfte des Schwerlastverkehrs zum Heerener Zentrum fahre. Diese Verbindung dürfe nicht unterbrochen werden.

Nach Fertigstellung des nahen Industriegebietes auf dem ehemaligen Zechengelände Königsborn 2/5 plane die Verwaltung die Vornahme weiterer Überprüfungen und Zählungen.

Herr **Stahlhut**, der die Bürgeranregung ebenfalls als ein den Antragstellern wichtiges Anliegen wertete, erklärte sich im Namen der SPD-Fraktion mit den Vorschlägen der Verwaltung einverstanden, da erschöpfend überprüft und auch entsprechende Zählungsergebnisse vorgelegt worden seien.

Insbesondere sei seiner Fraktion mit Blick auf die Sorgen der Anlieger wichtig, dass seitens der Verwaltung die Notwendigkeit zu erneuten verkehrlichen Überprüfungen/Zählungen nach Fertigstellung des neuen Industriegebietes gesehen worden sei, um dann gegebenenfalls über weitere verkehrliche Maßnahmen nachzudenken.

Von Frau **Scharrenbach** wurde ausgeführt, dass auch ihre Fraktion mit den Vorschlägen der Verwaltung einverstanden sei und u.a. auch richtig erkannt worden sei, dass das Heerener Zentrum für alle Verkehrsarten erreichbar bleiben müsse.

Beschluss:

Der Bürgeranregung des Herrn Bernd Pellmann, wohnhaft Goethestr. 8, 59174 Kamen, und weiterer Anwohner der Goethestraße, der Westfälischen Straße, des Husemannplatzes und der Straße "Südfeld" wird

1. dahingehend zugestimmt, dass auf dem genannten Teilbereich eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h ausgeschildert wird.
2. Die Anregung auf Ergreifung von Maßnahmen zur Unterbindung des LKW-Verkehrs und auf Entfernung der Hinweisschilder zum Industriegebiet "Südfeld / Wideystraße" am Einmündungsbereich Westfälische Straße / Werver Mark wird abgelehnt.
3. Im Einmündungsbereich "Südfeld" / Westfälische Straße ist eine Fahrbahnverengung anzulegen und eine gut sichtbare Beschilderung mit VZ 262 (Verbot für Fahrzeuge über 3,5 t angegebenes tatsächliches Gewicht) vorzunehmen.
4. Im Hinblick auf das neue Gewerbegebiet auf dem ehem. Zechengelände Königsborn 2/5 ist die bestehende Beschilderung am Kreuzungsbereich "Südfeld" / Westfälische Straße nach Westen hinter die abknickende Vorfahrt der Westfälischen Straße zu versetzen und mit Zeichen 262 (Verbot für Fahrzeuge über 3,5 t angegebenes tatsächliches Gewicht) zu beschildern.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Fertigstellung des genannten Industriegebietes weitere verkehrliche Überprüfungen und Zählungen des Schwerlastverkehrs vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

73/2000

Unfallsschwerpunkt im Stadtgebiet Kamen im Jahre 1999

Herr **Brüggemann** erinnerte eingangs an die von ihm in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 17.03.1998 gegebene Zusage, den Straßenverkehrsausschuss über die Ergebnisse der Sitzung der jährlich stattfindenden Unfallkommission zu informieren, was mit der vorliegenden Vorlage geschehen sei.

Davon ausgehend, dass die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses mit den verkehrlichen Gegebenheiten im Stadtgebiet vertraut sind, sei von der Verwaltung eine Kurzinformation abgegeben worden.

Von den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses wurden keine Bedenken gegen diese Art der Information erhoben.

Zu TOP 7.

Verbesserung der Verkehrssituation Robert-Koch-Straße
hier: Antrag der SPD-Fraktion
Bericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass sein Bericht sich nur auf den Teilbereich der Robert-Koch-Straße zwischen Beethovenstraße und Kreisverkehr beziehe, da hier durch die Integration des Postshops in das vorhandene Schreibwarengeschäft ein besonders hoher Parkdruck festgestellt worden sei.

Anschließend stellte er anhand eines Planes den verkehrlichen Ist-Zustand sowie die Lage der sich in Privatbesitz befindlichen Flächen dar. Danach wurden 2 von der Verwaltung erarbeiteten Planvarianten vorgestellt und die Unterschiede erläutert.

Hierzu führte er aus, dass sich die Verwaltung aus Kostengründen für die Umsetzung der 2. Variante entschieden habe.

Die VKU sei damit einverstanden, dass die Haltestelle vom jetzigen Standort in Richtung Kreisverkehr verlegt werde. Ebenso sei die Polizei im Vorfeld beteiligt worden.

Herr **Stahlhut** führte aus, dass nach Feststellungen seiner Fraktion – wie im entsprechenden Antrag dargelegt - der Parkdruck im gesamten Bereich der Robert-Koch-Straße als besonders hoch anzusehen sei. Bei dem von Herrn Liedtke vorgestellten Teilbereich sei eine Optimierung der Parkflächen aufgrund des neu hinzugekommenen Postshops dringend erforderlich, so dass seine Fraktion mit der Umsetzung der 2. Variante einverstanden sei.

Die Nachfrage von Herrn **Wiebusch**, ob denn eine Begrenzung der Parkzeit vorgesehen sei, wurde von Herrn **Brüggemann** dahingehend beantwortet, dass eine Parkzeitbeschränkung auf 1 Stunde mit Parkscheibe vorgesehen sei.

Die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses begrüßten die Realisierung der 2. Variante.

Frau Mattigk verließ um 17.35 Uhr die Sitzung.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

1. Zu einem Antrag der CDU-Fraktion auf Überprüfung, ob bei der Erneuerung des Schattweges eine Linksabbiegespur von dem „neuen“ in den „alten Schattweg“ als verkehrstechnisch sinnvoll erachtet werden könne, nahm Herr **Liedtke** anhand einer Folie wie folgt Stellung:

Während der Überprüfungen habe sich die Verwaltung die Frage gestellt, was machbar sei und welche Kosten anfallen würden.

Die Einrichtung einer Linksabbiegespur setze einen großzügig vorzunehmenden Erweiterungsausbau voraus, der Kosten in Höhe von fast 100.000,00 DM verursachen würde.

Weiterhin würde durch eine Linksabbiegespur der „alte“ Schattweg aufgewertet, da dann wesentlich mehr Fahrzeuge, insbesondere auch Schwerlastverkehr, in den „alten“ Schattweg hineinfahren würden, was von den Anwohnern nicht gewünscht werde. Ferner sei der Ausbau hierfür nicht ausgelegt.

Durch die derzeitige Regelung würden mit überhöhter Geschwindigkeit fahrende Fahrzeuge durch die nach links abbiegenden Fahrzeuge gebremst, was als Verkehrsberuhigung zu werten sei.

Seitens der Verwaltung werde daher keine Notwendigkeit für die Einrichtung einer Linksabbiegespur gesehen.

Von den Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses wurden keine Einwände geäußert.

2. Herr **Brüggemann** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über eine Anfrage der CDU-Fraktion, auf mögliche Unterbindung des Lkw-Verkehrs auf der Südkamener Straße im Zuge der Anlegung des neu geplanten Wohngebietes „Auf den Kämpfen“. Begründet werde diese damit, dass Anwohner der Südkamener Straße eine übermäßige Belastung durch den zu erwartenden Schwerlastverkehr befürchten. Zur Thematik führte Herr Brüggemann folgendes aus:

Während der Erschließungsmaßnahme, die von der Stadt Kamen durchgeführt würde, würden die Unternehmen gebeten, über die Westicker Straße auszufahren. Bei dem sich dann anschließenden Bau von privaten Wohnhäusern könne die Stadt allerdings nicht mehr vermittelnd tätig werden.

3. Weiterhin verwies Herr **Brüggemann** auf den in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 30.11.1999 bekannt gegebenen Antrag der Schulpflegschaft der Eichendorffschule und der SPD-Fraktion auf Anlegung eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) über die Lortzingstraße im Kreuzungsbereich Einsteinstraße/Lindenallee/Lortzingstraße/Robert-Koch-Straße.
Da dem Antrag mittlerweile das Westfälische Straßenbauamt Hagen und der Kreis Unna als Straßenbaulastträger zugestimmt haben und auch ein Plan erstellt worden sei, sei vorgesehen - da es sich hauptsächlich um Markierungen handele - die Maßnahme schnellstens durch den Kreis Unna realisieren zu lassen.
4. Darüber hinaus gab Herr **Brüggemann** bekannt, dass in diesem Jahr die alle 5 Jahre wiederkehrenden Zählungen der Verkehrsmengen auf den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen innerhalb des Stadtgebietes von Kamen zu veranlassen seien. Gezählt werden müsse an 2 Normalwerktagen, 2 Freitagen, 2 Ferienwerktagen und 2 Sonntagen.
Insgesamt handele es sich um 48 Zählungen.
Die Kosten für die Zähler müssten, da eine entsprechende UI-Vereinbarung mit dem Land NRW abgeschlossen sei, von der Stadt Kamen getragen werden.

8.2 Anfragen

1. Von Herrn **Henning** wurde eine Bürgeranregung bezüglich Anlegung eines Behindertenparkplatzes in der Nähe des Willy-Brandt-Platzes vorgetragen.

Von der Verwaltung wurde eine entsprechende Überprüfung zugesagt.

2. Ferner wies Herr **Henning** darauf hin, dass auf den Gehwegen der Münsterstraße noch eine beträchtliche Menge gefallenen Laubes festzustellen sei, welches den Fußgängerverkehr behindere.

Von Herrn **Brüggemann** wurde eine Weitergabe an den Baubetriebshof zugesagt.

3. Frau **Müller** trug vor, dass am Einmündungsbereich Schillerstraße/Werver Mark, welcher auch als Zufahrt zu der Wertstoffdeponie der GWA diene, die Banketten ausgefahren seien.

Von der Verwaltung wurde zugesagt, entsprechende Meldungen an das Westfälische Straßenbauamt Hagen bzw. an den Kreis Unna weiter zu geben.

4. Von Herrn **Schmidt** wurden Bürgerbeschwerden bezüglich der Situation im Wendehammer der Paul-Ehrlich-Straße vorgetragen. Dort würde Fußgängern durch parkende Fahrzeuge der Zugang auf die Nebenstraße „In der Kaiserau“ erschwert.

Herr **Brüggemann**, dem das Problem bekannt war, sagte eine Überprüfung zu.

5. Darüber hinaus wurde von Herrn **Schmidt** vorgetragen, dass sich Nachbarn der Gaststätte „Zum Heidekrug“, Wasserkurler Straße, über parkende Busse auf den Seitenstreifen vor ihren Anwesen beschwert hätten. Stellenweise würden sogar Zufahrten zugeparkt. Seitens der Anwohner wird gebeten, den Bussen andere Stellplätze zuzuweisen bzw. die Ausfahrten mit Spiegeln zu versehen.

Von Herrn **Brüggemann** wurde hierzu erwidert, dass verkehrrechtlich die Busse dort parken dürften.

Gemäß den geltenden Bestimmungen müsste derjenige, der aus einer Ausfahrt hinausfährt, äußerste Vorsicht walten lassen und sich notfalls einweisen lassen. Gleichwohl werde die Verwaltung zusammen mit der Polizei einen Ortstermin vornehmen und Gespräche mit der Pächterin der Gaststätte führen, da diese als kooperativ bekannt sei.

Allerdings verbiete sich ein generelles Parkverbot für Busse, da die gesetzlichen Vorgaben eindeutig seien und weitere Verkehrszeichen aufgestellt werden müssten.

Auf keinen Fall könne der Aufstellung von Spiegeln zugestimmt werden, da diese

- a) enorme Kosten verursachten und
- b) Präzedenzfälle schafften.

6. Herr **Fuhrmann** verwies auf Beschwerden von Anwohnern der Hilsingstraße. Durch beidseitig parkende Pkw bestünden Schwierigkeiten, diesen Bereich zu durchfahren.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass eine entsprechende Bürgerbeschwerde bereits von Herrn Stahlhut an die Verwaltung weitergegeben worden sei und dieser Bereich in nächster Zeit zusammen mit Herrn Wiebusch in Augenschein genommen würde.

7. Weiterhin gab Herr **Fuhrmann** bekannt, dass am Einmündungsbereich Hilsingstraße/Lünener Straße die Banketten derartig abgesenkt seien, dass dort schon für Pkw Schwierigkeiten beim Einbiegen bestünden. Die Absenkungen müssten dringend erneuert werden.

Von der Verwaltung wurde zugesagt, dies umgehend dem Westfälischen Straßenbauamt Hagen und an den Kreis Unna weiterzumelden.

8. Herr **Grosch** vertrat die Auffassung, dass über die in nächster Zeit neu zu erstellende Fahrbahndecke im Kernstadtbereich ein Bericht in der nächsten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses zu erstatten sei. Seine Fraktion sei der Meinung, dass die Situation für Radfahrer verbessert und auch die Gehwege im Bereich der Oststraße verbreitert werden müssten, da diese sehr schmal seien und stellenweise von Personenkraftwagen zugeparkt würden.

Von Herrn **Brüggemann** wurde mitgeteilt, dass zu den anstehenden Baumaßnahmen im Kernstadtbereich bereits der Bürgermeister in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einen ausführlichen Bericht gegeben habe. Hieraus sei eindeutig zu erkennen, dass es sich lediglich um Reparaturen der Fahrbahn und nicht um neue verkehrliche Maßnahmen bzw. Verbesserungen handele.

Das Durchführen von Reparaturen sei jedoch kein Thema für den Straßenverkehrsausschuss, sondern es handele sich um eine Vergabeangelegenheit, die im Bauausschuss beraten werden müsse.

Falls aufgrund neuer Erkenntnisse ein Bericht im Planungsausschuss abgegeben werde, würde der Straßenverkehrsausschuss gleichfalls informiert.

9. Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, ob ihrer in der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses geäußerten Bitte auf Anlegung eines Behindertenparkplatz am Friedhof Kamen-Mitte nachgekommen worden sei.

Von Herrn **Koßmann** wird hierzu erwidert, dass die Umsetzung bereits angeordnet sei.

10. Herr **Gube** wies darauf hin, dass im Wendehammer der Kämerstraße u.a. von Kunden des in der Nähe ansässigen Friseurs oftmals sehr eng geparkt würde, so dass Anwohner mit ihren Kraftfahrzeugen den Bereich nicht befahren könnten.

11. Weiterhin trug Herr **Gube** in diesem Zusammenhang Beschwerden von Bürgern bezüglich des südlichen Bereiches der Fritz-Erler-Straße vor, welche sich über Kleinlastfahrzeuge beschwerten, die dort stellenweise Gehwege halb zuparkten. Die Problematik würde insbesondere in den Abendstunden bestehen. Die Bürger bäten um entsprechende Kontrollen, was seiner Einschätzung nach aufgrund der personellen Lage – bereits angesprochene Halbtagskraft - wahrscheinlich schlecht möglich sei.

Herr **Brüggemann** sicherte zu, dass, obwohl nur eine Halbtagskraft den ruhenden Verkehr kontrolliere, eine Überprüfung auch in den Abendstunden sichergestellt würde.

12. Herr **Klein** fragte nach, was die Bahn AG bzw. die Verwaltung bezüglich der auf den Stock gesetzten Hecken an der Bahnstrecke entlang der Königstraße unternehme, um eine Absicherung zu erreichen.

Hierzu teilte Herr **Brüggemann** mit, dass er auf diese Problematik bereits von Herrn Nieme von der FDP-Fraktion angesprochen worden sei und aufgrund dessen mit der Deutschen Bahn AG mehrmals telefonisch als auch schriftlich Kontakt aufgenommen habe.

Aus dem mittlerweile vorliegendem Antwortschreiben ginge hervor, dass die Bahn AG jetzt und zukünftig jede Einzäunung bzw. andere Absicherungsmaßnahme von Bahnstrecken ablehne. Hierbei berufe sie sich auf gesetzliche Vorgaben und die Rechtsprechung.

So sei die Hecke entlang der Bahnlinie an der Königsstraße auch vor dem Rückschnitt für Personen durchlässig gewesen, so dass auch in der Vergangenheit jederzeit Personen auf die Bahngleise hätten gelangen können.

Kinder müssten zudem erlernen - so die Auffassung der Deutschen Bahn AG - mit Gefahren umzugehen und entsprechend erzogen werden.

Gleiches sehe die Rechtsprechung auch im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr - z.B. auf der Lünener Straße – vor.

Herr Brüggemann ergänzte, dass das Problem nicht den Kommunen aufgebürdet werden könne.

Außerdem könne den Kommunen unter finanziellen Gesichtspunkten nicht zugemutet werden, die Kosten für die Absicherung aller denkbaren Gefahrenpunkte und -quellen für Dritte zu tragen.

gez. Klein
Vorsitzender

gez. i. A. Bublitz
Schriftführer

Anlage

Berichte der Verwaltung zu den Beratungspunkten und Anfragen in den Sitzungen des Straßenverkehrsausschusses am 30.11.1999 und 04.04.2000

Sitzung am 30.11.1999

Zu TOP 5 wird mitgeteilt, dass die Beschilderungs- und Markierungsmaßnahmen in der Lintgehrstraße vorgenommen worden sind.

Zu TOP 6 wird mitgeteilt, dass die Kämerstraße mittlerweile wie vorgestellt vom Nordring abgebunden wurde.

Zu TOP 8 wird eröffnet, dass der Antrag mit Vertretern des Westfälischen Straßenbauamtes am 07.02.2000 erörtert wurde. Um eine Stellungnahme abgeben zu können, baten die Vertreter des Westfälischen Straßenbauamtes Hagen um die Vorlage neuerer Zählungsergebnisse. Es ist beabsichtigt, die Zählungen in Kürze zu veranlassen.

Unter TOP 9.2 war von Frau Filthaut angeregt worden, die Piktogramme „30“ auf der Grillostraße zu erneuern.
Die Markierungsmaßnahmen sind durchgeführt worden.

Sitzung am 04.04.2000

Herr Müller hatte unter TOP 4 darauf hingewiesen, dass nach Beendigung der Baumaßnahme am Freitag, 31.03.2000, die Sperrung nicht sofort aufgehoben worden sei, sondern erst am Montag bzw. Dienstag.

Wie Nachfragen bei dem zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung ergaben, war die Sperrung weiterhin notwendig, damit der neu aufgelegte Asphalt aushärten konnte. Ansonsten wäre er, wie in einem anderen Fall bereits geschehen, massiv beschädigt worden.

Zu TOP 8.2 Nr. 3 wird weiterhin mitgeteilt, dass das Laub auf den Gehwegen der Münsterstraße mittlerweile aufgenommen wurde.